



Schaffhauser Abstimmungs-Magazin

zur Volksabstimmung
vom 29. August 2010

**Volksinitiative
für den Ausbau des Hochschulstandorts
Schaffhausen (Hochschulinitiative)**

Volksinitiative für den Ausbau des Hochschulstandorts Schaffhausen (Hochschulinitiative)

In Kürze	Seite	3
Zur Sache	Seite	5
Erwägungen des Kantonsrates	Seite	10
Text der Initiative	Seite	11

Die Volksinitiative verlangt eine Revision des Schulgesetzes dahingehend, dass eine zusätzliche Hochschule im Kanton mit mindestens 100 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang geschaffen werden soll. Die Art der Hochschule beziehungsweise der Studiengänge wird offengelassen. Die Initiantinnen und Initianten streben eine Verbesserung des von ihnen in erster Linie auf Hochschulebene als unzulänglich erachteten Bildungsangebots im Kanton Schaffhausen an. Die Attraktivität des Kantons soll für die junge Generation erhöht werden, womit eine Verjüngung der Bevölkerung eingeleitet werden könnte. Zudem soll mit dieser Investition in die Bildung der Wirtschaftsstandort mit der Behebung des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften gestärkt und der Wohlstand langfristig gesichert werden. Mit einer aktiveren Hochschulpolitik könne zudem der Abwanderung junger Leute im Alter von 18 bis 24 Jahren an weiter entfernte Hochschulstandorte entgegenge wirkt werden.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat die Ablehnung der Initiative beantragt. Der Kanton verfügt zurzeit über eine eigene Pädagogische Hochschule. Diese gilt zwar als

Fachhochschule, fällt aber nicht unter die eidgenössische Fachhochschulgesetzgebung und bedarf daher auch nicht wie die übrigen Fachhochschulen einer Genehmigung durch den Bundesrat. Es ist unwahrscheinlich, dass der Bundesrat zurzeit eine weitere öffentlich-rechtliche Fachhochschule bewilligen würde, werden doch Fachhochschulen vom Bund in den Dienst einer standortgebundenen gesamtschweizerischen Koordination gestellt. Sie werden als eine gesamtschweizerische Aufgabe betrachtet und unterliegen einem Konzentrationsprozess, der Ausbildungsangebote auf der Stufe Hochschule regional und überregional zusammenfassen soll. Damit sollen unter anderem die Qualität und die Konkurrenzfähigkeit der Studiengänge gestärkt werden. Für die Studierenden aus dem Kanton Schaffhausen ist im Rahmen der vertraglich geregelten Freizügigkeit der Zugang zu allen Fachhochschulen und Universitäten in der Schweiz mit all ihren Studiengängen offen; es steht ihnen somit ein optimales Studienangebot zur Verfügung, das vom Kanton finanziert wird. Im Bereich der Höheren Fachschulen existiert am Bildungsstandort Schaffhausen mit der Höheren Fachschule Schaffhausen

HFS und der Höheren Fachschule für Wirtschaft Schaffhausen bereits ein attraktives und gut positioniertes Studienangebot.

Der Kantonsrat hat zwar seine Sympathie für die Absichten der Initiative deutlich zum Ausdruck gebracht, ist aber nach einer kontrovers geführten Diskussion mehrheitlich der Beurteilung des Regierungsrates gefolgt. In der Abstimmung hat er mit 32 zu 18 Stimmen beschlossen, die Initiative den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zu unterbreiten.

Die Volksinitiative

Das Volksbegehren wurde am 30. Juni 2009 mit 1'014 gültigen Unterschriften eingereicht. Es strebt eine Revision des Schulgesetzes an, und zwar dahingehend, dass im Kanton eine zusätzliche Hochschule mit mindestens 100 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang geschaffen werden soll.

Das Bildungsangebot im Kanton Schaffhausen soll verbessert werden, denn dieses erachten die Initiantinnen und Initianten in erster Linie auf Hochschulstufe als unzulänglich. Die Initiative legt keine Einschränkung in Bezug auf die Art der Hochschule oder der Studiengänge fest. In Abstimmung mit den massgeblichen Unternehmen in der Region soll der geeignete Bereich für einen oder mehrere zusätzliche Hochschullehrgänge gefunden werden. Im Weiteren will die Initiative die Attraktivität des Kantons Schaffhausen für die junge Generation erhöhen und so eine Verjüngung der Bevölkerung einleiten. Zudem soll der Wirtschaftsstandort gestärkt werden, indem der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften durch die Möglichkeit der Anstellung besser ausgebildeter Mitarbeitender aus

der Region behoben wird. Auch wird argumentiert, im Umfeld einer Hochschule sei eine Vielzahl von wirtschaftlichen Impulsen zu beobachten und es würden überdurchschnittlich viele sogenannte «Startup-Unternehmen» gegründet. Insgesamt beurteilen die Initiantinnen und Initianten die Bildung als wichtigste Ressource der Schweiz. Mit dieser Investition in die Bildung werde der Wohlstand langfristig gesichert und die Rendite von Investitionen in die Bildung sei ungleich höher als jene von Steuersenkungen. Schliesslich gebe es für junge Leute, die eine Mittelschule absolvierten, im Kanton zu wenige Hochschulausbildungsplätze. Die Abwanderung von 18- bis 24-Jährigen sei sehr hoch. Diesem Missstand könne man mit einer aktiveren Hochschulpolitik entgegenwirken.

Die hochschulpolitische Ausgangslage

Im Schulgesetz des Kantons Schaffhausen ist die Pädagogische Hochschule als eine der öffentlichen Schulen des Kantons Schaffhausen aufgeführt. Pädagogische Hochschulen unterstehen zurzeit keiner bundesrechtlichen Regelung. Die

eidgenössische Fachhochschulgesetzgebung wird auf sie – obwohl sie grundsätzlich als Fachhochschulen gelten – nicht angewendet. Aus diesem Grund beteiligt sich der Bund nicht an ihrer Finanzierung. Die Kantone können solche Hochschulen in eigener Kompetenz errichten und führen.

Anders verhält es sich bei den Fachhochschulen der übrigen Fachbereiche wie Technik und Informationstechnologie, Architektur, Bau- und Planungswesen, Wirtschaft und Dienstleistungen, Gesundheit, soziale Arbeit usw. All diese Bereiche fallen unter den Geltungsbereich des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen vom 6. Oktober 1995 (Fachhochschulgesetz [FHSG]; SR 414.71). Die Errichtung und die Führung solcher Fachhochschulen bedürfen der Genehmigung durch den Bundesrat. Der diesbezügliche Handlungsspielraum der Kantone ist daher erheblich eingeschränkt.

Der Bundesrat hat im Jahr 2003 für insgesamt 7 Fachhochschulen mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und regionaler Ausrichtung eine unbefristete Genehmigung erteilt:

- Haute Ecole Spécialisée de Suisse Occidentale
- Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana
- Berner Fachhochschule
- Fachhochschule Nordwestschweiz
- Zürcher Fachhochschule
- Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
- Fachhochschule Ostschweiz

Der Kanton Schaffhausen gehört aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung seit 1999 der Fachhochschule Ostschweiz (FHO) an, ohne jedoch Mitträger einer ihrer vier Hochschulen (FHS St. Gallen, HSR Rapperswil, HTW Chur und NTB Buchs) zu sein. Der Erziehungsdirektor hat Einsitz im Fachhochschulrat.

Im Jahr 2005 erhielt die erste Fachhochschule mit privater Trägerschaft eine unbefristete Genehmigung, eine zweite erhielt im Jahr 2008 eine befristete Bewilligung bis 2011.

Es ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich, dass der Bundesrat eine 8. öffentlich-rechtliche Fachhochschule bewilligen würde; so wurde dies jedenfalls von der zuständigen Stelle bestätigt. Die Begründung liegt unter anderem darin, dass der

Bund die Fachhochschulen in den Dienst einer standortgebundenen gesamtschweizerischen Koordination stellt und auch als eine gesamtschweizerische Aufgabe betrachtet. Der eingeleitete Konzentrationsprozess soll weitergeführt werden. In der Fachhochschulwelt ist zudem unbestritten, dass zur Führung einer Hochschule und zur Einhaltung der hohen Qualitätskriterien im gesamten Leistungsauftrag eine Mindestgrösse notwendig ist. Die in den vergangenen Jahren mit Erfolg verfolgte Strategie der Konzentration der Kräfte und der Bildung international konkurrenzfähiger, wissenschaftlich anerkannter und leistungsfähiger Kompetenzzentren lässt die Schaffung weiterer öffentlich-rechtlicher Fachhochschulen nicht zu.

Die jungen Leute, die im Kanton Schaffhausen die Berufsmatura beziehungsweise die gymnasiale Matura absolvieren, können im Rahmen der vertraglich geregelten interkantonalen Freizügigkeit ihre Studien an denjenigen Schweizer Fachhochschulen beziehungsweise Universitäten absolvieren, welche die besten Ausbildungsgänge in den entsprechenden Fachgebieten anbieten. Die Studiengelder werden vom Kanton übernommen.

Der Regierungsrat hat in seinem Legislaturprogramm 2009–2012 seine Absicht, sich in der Hochschulpolitik verstärkt zugunsten einer vertieften Zusammenarbeit auf interkantonaler Ebene zu engagieren, ausdrücklich festgehalten und spricht sich für Kompetenzzentren aus. Er bringt damit unmissverständlich seinen Willen zum Ausdruck, im Interesse des Kantons, seiner Studierenden und der Schaffhauser Wirtschaft den Zugang zu den Hochschulen mit den besten Studienangeboten zu sichern und zu stärken. In den Schwerpunkten der Regierungstätigkeit für das Jahr 2010 ist schliesslich die Schaffung eines Zentrums für Hochschulinsti-tute aufgeführt, das in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Universitäten aufgebaut werden soll.

Der Kanton Schaffhausen verfügt nebst der eigenen Pädagogischen Hochschule über ein vielfältiges und qualitativ gutes Ausbildungsangebot auf der Tertiärstufe, wozu auch die sogenannte höhere Berufsbildung mit den eidgenössischen Berufsprüfungen, den eidgenössischen Höheren Fachprüfungen und den Höheren Fachschulen gehört. Dieser höheren Berufsbildung kommt im Rahmen der schweizerischen Bil-

derungssystematik eine grosse Bedeutung zu, insbesondere in Bezug auf die Attraktivität für Gewerbe, Dienstleistungsbetriebe und Industrie. Der Kanton Schaffhausen finanziert auch hier die ausserkantonalen Ausbildungsgänge mit und verfügt zudem bei den Höheren Fachschulen über eigene, im interkantonalen Vergleich sehr gut positionierte Bildungsangebote, die in den letzten Jahren konstant gefördert und ausgebaut wurden. Es sind dies die Höhere Fachschule Schaffhausen HFS (dem Berufsbildungszentrum Schaffhausen BBZ angegliedert) mit dem Studiengang Pflege (HF Pflege) und dem Studiengang Technik (HF Technik) sowie die Höhere Fachschule für Wirtschaft Schaffhausen der Handelsschule des KVS. Im Weiteren ist noch das IPI International Packaging Institute zu erwähnen, welches im Bereich der Verpackungstechnologie eine weiterführende Ausbildung anbietet. Diese gut frequentierten Ausbildungen tragen Wesentliches zur Attraktivität des Wohn-, Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Schaffhausen bei.

Argumente des Initiativkomitees

Bildung, Wohlstand, Arbeitsplätze

Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Schweiz. Mit der Hochschulinitiative will die Alternative Liste erreichen, dass dieser Rohstoff im Kanton Schaffhausen stärker gefördert wird.

Bildung ist das Fundament unseres Wohlstandes. Es ist die Grundlage einer innovativen, zukunftsorientierten Wirtschaft. Der Bundesrat hat dies richtig erkannt und investiert deshalb grosszügig in die Bildung, vor allem in Fachhochschulen, Höhere Fachschulen und Universitäten. Städte wie Baden, Biel, Brugg, Chur, Wädenswil und Winterthur bedienen sich aus den stattlichen Bundesbudgets, bauen Hochschulen und entwickeln sich dank gut ausgebildeten Arbeitskräften zu attraktiven Standorten für Unternehmen. Die Folge: Firmen werden gegründet und angesiedelt, Arbeitsplätze geschaffen und neue Steuereinnahmen generiert. Der Kanton Schaffhausen hat diese Entwicklung lange verschlafen und droht nun komplett abgehängt zu werden. Das muss unbedingt verhindert werden.

Denn: Es ist nicht nur die Wirtschaft, die sich in Schaffhausen über den Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften beklagt. Es fehlt dem Kanton Schaffhausen insgesamt an Nachwuchs. Unser Kanton weist heute die zweitälteste Bevölkerung der Schweiz auf. Der Grund: Viele Junge verlassen Schaffhausen wegen eines Studiums. Das allein wäre nicht schlimm, wenn umgekehrt auch Junge zuwandern würden. Das ist aber zurzeit nicht der Fall. Die Hochschulinitiative ist ein geeignetes, kostengünstiges Instrument, um jetzt Gegensteuer zu geben. Wer vorausschauend politisiert, muss der Hochschulinitiative zustimmen. Denn die Überalterung führt mittelfristig zu immensen Kosten. Es fragt sich, wer diese zahlen soll, wenn bis dereinst nicht mehr Junge und Werkstätige im Kanton leben.

Was genau will die Hochschulinitiative? Und wichtiger noch: Können wir uns das leisten? Die Hochschulinitiative will, dass eine Hochschule

oder ein Hochschulinstitut, zum Beispiel eine Abteilung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft, im Kanton Schaffhausen angesiedelt wird. Pro Jahrgang sollen 100 Ausbildungsplätze angeboten werden. Das ist eine sehr moderate Forderung, immerhin verlassen pro Jahr rund 200 Schüler die Kanti. Eine grosse Administration ist nicht erforderlich, es wird auch keinen finanziellen Hosenlupf geben.

Mit der Hochschulinitiative können drei Probleme gleichzeitig gelöst werden: Die Überalterung des Kantons wird gemildert. Es gibt einen Wachstumsimpuls für die Schaffhauser Wirtschaft. Und es gibt mehr Arbeitsplätze – und zwar nicht nur für gut qualifizierte Arbeitskräfte, sondern quer durch alle Bildungsschichten. Darum fordert die Alternative Liste Schaffhausen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf: Sagen Sie JA, zu mehr Bildung, mehr Arbeitsplätzen und mehr Wohlstand!

Der Kantonsrat empfiehlt Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Volksinitiative für den Ausbau des Hochschulstandorts Schaffhausen (Hochschulinitiative) abzulehnen. Die Hochschulpolitik des Bundes lässt zum jetzigen Zeitpunkt die Genehmigung einer weiteren öffentlich-rechtlichen Fachhochschule als unwahrscheinlich erscheinen.

Eine solche Fachhochschule wäre zudem weder mittel- noch langfristig finanzierbar. Sie könnte sich im nationalen oder gar im internationalen Wettbewerb auch kaum etablieren. Die Gründung einer eigenen Universität steht ebenfalls ausserhalb der Möglichkeiten des Kantons. Mit der Schaffung einer eigenen Kleinstfachhochschule, die sich wohl auf nur wenige Studiengänge beschränken müsste, würde im Übrigen die grundsätzlich als sehr gut zu bezeichnende Situation der Schaffhauser Studierenden, denen das Studienangebot der Fachhochschulen und der Universitäten (inkl. ETH) in der ganzen Schweiz offensteht und finanziert wird, kaum verbessert. Für den Wirtschaftsstandort Schaffhausen ist in erster Linie die Qualität der Ausbildung von Bedeutung und nicht der Standort, an dem diese stattfindet. Der Kantonsrat erachtet

es deshalb in Übereinstimmung mit dem Regierungsrat als vordringliches hochschulpolitisches Ziel, in der Schweiz qualitativ auf höchstem Niveau stehende Ausbildungsgänge auf der Stufe Fachhochschule anzubieten.

Obwohl die Absichten der Initiative im Kantonsrat im Grundsatz durchaus auf Anerkennung stiessen, bezweifelt eine deutliche Mehrheit aus den angeführten Gründen die Umsetzbarkeit. Der Kantonsrat unterstützt jedoch die in den Legislaturzielen und im Regierungsprogramm formulierten Zielsetzungen für den Bereich der Hochschulbildung und stellt sich gleichzeitig auch hinter die regierungsrätlichen Anstrengungen im Bereich der höheren Berufsbildung.

In der Abstimmung beschloss der Kantonsrat mit 32 zu 18 Stimmen, die Initiative den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zu unterbreiten.

Im Namen des Kantonsrates:

Der Präsident:
Patrick Strasser

Die Sekretärin:
Erna Frattini

«Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen das Begehren auf Revision des Schulgesetzes dahingehend, eine zusätzliche Hochschule im Kanton mit mindestens 100 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang zu schaffen.»

